

Beschlüsse

<u>Übersicht</u>	<u>Seite</u>
Ergebnisse der Antragsberatung	02 - 04
Europa	05 - 06
Regionalpolitik	07 - 10
Arbeit und Soziales	11 - 13
Wirtschaft, Finanzen und Verkehr	14 - 15
Umwelt und Energie	16 - 21
Familienpolitik	22
Bildungspolitik	23 - 25
Landespolitik	26
Organisationspolitik	26
Wahlergebnisse Bezirksvorstand	27

Ergebnis der Antragsberatung Bezirksparteitag am 9. Mai 2009 in Wolfenbüttel

Nr.	Thema/ Titel	Antragsteller	Ergebnis der Antragsberatung
E 1	Europawahl 2009	Bezirksvorstand	Annahme – siehe Beschlüsse Einstimmig
E 2	Kommunales Wahlrecht	Forum Intern. Sozialdemokraten	Annahme, Weiterleitung an PV – siehe Beschlüsse Einstimmig
E 3	Einheitliche Regelungen der Unternehmensbesteuerung in Europa	AGS	Annahme – siehe Beschlüsse bei einer Neinstimme
E 4	Neuordnung von Berufsbildern	AGS	Weiterleitung als Material an BT-Fraktion/ SPE-Fraktion
R 1	Unsere Region	Bezirksvorstand	Annahme, Weiterleitung an LT-Fraktion – siehe Beschlüsse bei drei Neinstimmen und zwei Enthaltungen
R 2	Zweckverband weiterentwickeln	UB Braunschweig	Weiterleitung als Material an Gruppe der BS MdLs
R 3	RegioStadtBahn	Bezirksvorstand	Annahme, Weiterleitung LT-Fraktion – siehe Beschlüsse bei einer Enthaltung
R 4 + R 5	Regionalstadtbahn	UB WF und AfA	Erledigt mit Annahme von R 3
R 6	Keine Fusion	UB Goslar	Weiterleitung als Material an LT-Fraktion
A 1	Armut bekämpfen	Bezirksvorstand	Annahme – siehe Beschlüsse bei einer Enthaltung
A 2	Chaos in der Union	Bezirksvorstand	Annahme, Weiterleitung Landes- und Bundesparteitag, LT- und BT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
A 3	Kurzarbeitergeld	AfA	Annahme, Weiterleitung an BT-Fraktion – siehe Beschlüsse bei einer Enthaltung
A 4	Leiharbeiter	AfA	Annahme, Weiterleitung an BT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
W 1	Mitbestimmung	AfA	Annahme, Weiterleitung an BT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
W 2	Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen	UB Goslar	Erledigt mit Steinmeier-/Steinbrück-Papier
W 3	Managergehälter	UB Goslar	Erledigt mit Steinmeier-/Steinbrück-Papier
W 4	Rettungsschirm	UB Goslar	Erledigt durch Bundestagsbeschluss
W 5	Persönliche Haftung von Managern	AGS	Weiterleitung als Material an BT-Fraktion
W 6	Konjunkturpakete	AfA	Erledigt mit Steinmeier-/Steinbrück-Papier
W 7	Industriepolitische Komponente	UB Goslar	Weiterleitung als Material an BT-Fraktion
W 8	Heuschrecken stoppen	UB Goslar	Erledigt mit Steinmeier-/Steinbrück-Papier

Nr.	Thema/ Titel	Antragsteller	Ergebnis der Antragsberatung
W 9	Finanzinvestoren stärker kontrollieren	UB Goslar	Annahme, Weiterleitung an BT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
W 10	Hausbankprinzip	UB Wolfenbüttel	Annahme, Weiterleitung an LT- und BT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
W 11	Keine Verschärfung der Kreditmöglichkeiten für den Mittelstand	AGS	Annahme, Weiterleitung an BT-Fraktion – siehe Beschlüsse Einstimmig
Initiativantrag I 1 (W12)	Ehegattensplitting	JUSOS	Überweisung an den Bezirksausschuss
Initiativantrag I 2 (W13)	Schuldenbremse	JUSOS	Überweisung an die Antragskommission/ das Mitglied des Bezirks BS in der Antragskommission zum Bundesparteitag
U 1	Umweltprämie aufstocken	Verschiedene	Erledigt durch Regierungshandeln
U 2	Arbeitsplätze schaffen - Atomausstieg beibehalten – Schutz vor Atommüll sichern!	Bezirksvorstand	Annahme, Weiterleitung Landes- und Bundesparteitag, LT- und BT-Fraktion – siehe Beschlüsse bei zwei Neinstimmen und einer Enthaltung
U 3	Asse 2	Unterbezirk Wolfenbüttel	Erledigt mit Annahme von U 2
U 4	Keine Laufzeitverlängerung	OV Remlingen	Erledigt mit Annahme von U 2
U 5	Endlagersuche	UB Wolfenbüttel	Erledigt mit Annahme von U 2
U 6	Rückholbare Lagerung	UB WF, OV Remlingen	Annahme, Weiterleitung Landes- und Bundesparteitag, LT- und BT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
U 7	Tatsächliche Energiekosten	UB WF, OV Remlingen	Annahme, Weiterleitung Landes- und Bundesparteitag, LT- und BT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
U 8	Entfall der Subventionen	UB WF, OV Remlingen	Erledigt mit Annahme von U 2
Initiativantrag I 3 (U 9)	Kernbrennstoffe besteuern	JUSOS	Annahme, Weiterleitung an Bundesparteitag 14.06.2009 – siehe Beschlüsse einstimmig
F 1	Alltagskompetenzen	ASF	Annahme, Weiterleitung an BT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
F 2	Vorschriften enger fassen	OV Remlingen	Annahme, Weiterleitung an BT-Fraktion – siehe Beschlüsse bei einer Neinstimme und einer Enthaltung
F 3	Jugendschutz	UB Wolfenbüttel	Weiterleitung als Material an BT-Fraktion
F 4	Familienhebammen	UB Gifhorn	Annahme, Weiterleitung an L-Fraktion – siehe Beschlüsse bei zwei Neinstimmen und einer Enthaltung
F 5	Kostenfreie Kindergartenplätze	UB Gifhorn	Erledigt durch Beschlusslage der LT-Fraktion
F 6	KiTa-Beratungsstätten	UB Gifhorn	Weiterleitung an LT-Fraktion

Nr.	Thema/ Titel	Antragsteller	Ergebnis der Antragsberatung
F 7	Kindergartengruppen	UB Gifhorn	Weiterleitung an LT-Fraktion
B 1	Schulpolitische Geisterfahrt stoppen	Bezirksvorstand	Annahme, Weiterleitung an Landesparteitag und LT-Fraktion, Ministerin Heister-Neumann – siehe Beschlüsse einstimmig
B 2	Bildung für alle	Bezirksvorstand	Annahme, Weiterleitung an Landesparteitag und LT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
B 3	Bildungschaos	UB Wolfsburg	Erledigt mit Annahme von B 1 und B 2
B 4	Chaos im nds. Schulsystem	UB Goslar	Erledigt mit Annahme von B 1 und B 2
B 5	Mehr Gesamtschulen	UB Wolfenbüttel	Erledigt mit Annahme von B 1 und B 2
B 6	IGSen in Niedersachsen	AfB	Erledigt mit Annahme von B 1 und B 2
B 7	Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien	UB Wolfenbüttel	Weiterleitung an LT-Fraktion
B 8	Allgemeine Hochschule weiterhin nach 13 Schuljahren an Gesamtschulen (IGS)	ASF	Erledigt mit Annahme von B 1 und B 2
B 9	Weiterentwicklung des Schulsystems	UB Wolfenbüttel	Erledigt mit Annahme von B 1 und B 2
B 10	Schulpsychologen	Bezirksvorstand	Annahme, Weiterleitung an Landesparteitag und LT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
B 11	Lernmittelfreiheit	UB Gifhorn	Annahme, Weiterleitung an LT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
B 12	Individuelle Förderung	UB Wolfenbüttel	Annahme, Weiterleitung an LT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
B 13	Persönlichkeitsbildung	OV Remlingen	Weiterleitung als Material an LT-Fraktion
B 14	Schulstartergeld	UB Gifhorn	Erledigt durch Regierungshandeln
B 15	Kostenlose Hausaufgabenbetreuung	UB Gifhorn	Weiterleitung an LT-Fraktion
B 16	Kostenloser Schulweg	UB Gifhorn	Weiterleitung an LT-Fraktion
B 17	Studiengebühren	UB Gifhorn	Annahme, Weiterleitung an LT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
B 18	Studienkredite	UB Gifhorn, OV Meinersen	Annahme, Weiterleitung an PV – siehe Beschlüsse einstimmig
L 1	Minister-Reise	Bezirksvorstand	Annahme, Weiterleitung an LT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
L 2	Kosten Täter-Opfer-Ausgleich	UB Goslar	Annahme, Weiterleitung an LT-Fraktion – siehe Beschlüsse einstimmig
O 1	Mindestlohn	UB Wolfenbüttel	Annahme – siehe Beschlüsse einstimmig

Beschluss/Thema: SPD wählen bei der Europawahl am 07.06.2009: Für das soziale Europa, für das VW-Gesetz, für die Menschen in unserer Region	Nr.: E 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Europa	

**SPD wählen bei der Europawahl am 07.06. -
Für das soziale Europa, für das VW-Gesetz, für die Menschen in unserer Region !**

Der Parteitag des SPD-Bezirks Braunschweig fordert die Menschen in der Region Braunschweig dazu auf am 07.06.2009 zur Europawahl zu gehen und SPD zu wählen. Die Wahl muss von den Wählerinnen und Wählern dazu genutzt werden sich unmissverständlich für den Erhalt des VW-Gesetzes und für die Beteiligung des Landes Niedersachsen an der Volkswagen AG auszusprechen. Die EU-Kommission muss in ihrem wahnhaften Anrennen gegen das VW-Gesetz gestoppt werden. Aus diesem Grund muss die Wahl als Signal für Brüssel dienen, dass neu gefasste VW-Gesetz in seinem Bestand zu erhalten.

Die SPD steht für ein soziales Europa und für den Erhalt der sozialen Marktwirtschaft. Die Europawahl ist somit auch eine Abstimmung gegen die Marktradikalen Kräfte, die die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu verantworten haben. Die konservative Mehrheit im Europäischen Parlament muss im Interesse der Menschen in unserer Region abgewählt werden.

Beschluss/Thema: Kommunales Wahlrecht für Ausländer	Nr.: E 2
Antragsteller: Forum Internationale Sozialdemokraten	
Block: Europa	

Kommunales Wahlrecht für Ausländer

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands möge zur Wahl des XVI. Deutschen Bundestages am 27. September 2009 die folgende Passage in ihr Wahlprogramm aufnehmen:

„Wir fordern – wie schon der Europarat seit langem - das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer mit legalem Aufenthaltsrecht.“

Beschluss /Thema: Einheitliche Regelungen der Unternehmensbesteuerung in Europa	Nr.: E 3
Antragsteller: AGS	
Block: Europa	

Wettbewerb braucht Regeln

„Die Europa-Parlamentarier der SPD werden aufgefordert, sich für einheitliche Regelungen der Unternehmensbesteuerung in den Mitgliedsländern einzusetzen.“

Beschluss /Thema: Neuordnung von Berufsbildern	Nr.: E 4
Antragsteller: AGS	
Block: Europa	

Neuordnung von Berufsbildern im gewerblich-technischen Bereich

„Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Zuge der Neuordnung von Berufsbildern im gewerblich-technischen Bereich Berufsinhalte und Prüfungsordnungen so zu gestalten, dass grenzüberschreitend die Ausbildung und der Austausch von Auszubildenden in den Nachbarländern möglich ist.“

Beschluss /Thema: Unsere Region Braunschweig: Aktiv und sozial – kulturell und wirtschaftlich stark !	Nr.: R 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Region	

**Unsere Region Braunschweig:
Aktiv und sozial – kulturell und wirtschaftlich stark !**

I. Kommunen sind Orte der Integration

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sind mehr als nur bürokratische oder technische Organisationseinheiten zur Regelung des Gemeindestraßenbaus, der Abwasserbeseitigung oder öffentlicher Einrichtungen. Sie sind Orte gesellschaftlicher Integration:

- ob Kinder und Jugendförderung gelingt, steht nicht im „Kinder- und Jugendhilferecht“ des Bundes, **sondern das Gelingen hängt davon ab**, ob unsere Städte, Gemeinden und Landkreise ausreichend finanziell ausgestattet sind, um Sportförderung, Musikschulen, Kindertagesstätten, Schulen, Integrations- und Hilfsangebote angemessen auszustatten;
- ob ältere Menschen Lebensqualität genießen können, hängt nicht unwesentlich davon ab, wie der öffentliche Nahverkehr organisiert ist, welche kulturellen und sportlichen Angebote es gibt und ob ein ausreichendes Pflegeangebot vorhanden ist;
- ob Deutsche und Ausländer gut miteinander zusammenleben, regelt sich letztlich nicht nur das Zuwanderungsrecht, sondern ob unserer Städte und Gemeinden eine gute Stadtplanung organisieren, Ghettobildung verhindern und Förder- und Integrationsangebote finanzieren können.

Diese und andere Beispiele zeigen: Das Zusammenleben der Menschen in Deutschland wird in vielfältiger Weise von den Entscheidungen der Räte und Kreistage geprägt. Dazu aber ist eine ausreichende Finanzausstattung, die nicht mehr zwischen „gesetzlichen“ und so genannten „freiwilligen“ Aufgaben unterscheidet, zwingende Voraussetzung.

Gerade in Zeiten wachsender Globalisierung und großer Krisen wünscht sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unseren Kommunen auch Halt und Sicherheit. So sehr die weltweiten Veränderungen bei vielen Menschen auch Unverständnis und sogar Ohnmachtsgefühle hervorrufen, so sehr wollen sie am Ort, an dem sie leben, an dem sie arbeiten oder sich kulturell, sozial, sportlich oder politisch engagieren Entscheidungen, Veränderungen und öffentlichen Strukturen noch verstehen und beeinflussen können. Dabei haben in der Vergangenheit die Demokratisierung der Kommunalverfassung in Niedersachsen durch die SPD beigetragen (z.B. durch Einführung eines kommunalen Bürgerentscheids). Diese theoretischen Möglichkeiten der Einflussnahme und Begleitung der kommunalen Entscheidungen setzt allerdings reale Entscheidungsmöglichkeiten voraus. Angesichts von mehr als 4 Milliarden EURO kumuliertem Defizit (vor der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise) in den deutschen Landkreisen, Städten und Gemeinden kann davon in vielen Orten nicht die Rede sein.

Kinder- und Jugendförderung, Integrations- und Hilfsangebote, Familienförderung, Sport- und Kulturförderung oder Wirtschaftsförderung gehören für Sozialdemokraten zu den „politischen Pflichtaufgaben“ und sind keine „freiwilligen Leistungen“, die in Zeiten knapper Kassen der jeweiligen Kommunalaufsicht geopfert werden müssen.

Das ehrenamtliche kommunalpolitische Engagement muss deutlich politisch aufgewertet werden.

Die schwierige finanzielle Situation der Gemeinden, Städte und Landkreise lässt sich nicht allein durch eine Regionalisierung beseitigen.

Deshalb benötigen die Gemeinden, Städte und Landkreise vor allem höhere Anteile aus den staatlichen Steueraufkommen, die ihnen nicht durch die Länder im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs wieder weggenommen werden dürfen.

II. Ziele für die Zusammenarbeit in der Region Braunschweig

Gleichzeitig haben die Städte, Gemeinden und Landkreise allerdings auch die Aufgabe, ihre eigenen Verwaltungsstrukturen zu optimieren, um finanzielle Einsparungen zu ermöglichen. Aufgabenkritik, interkommunale Zusammenarbeit, gemeinsame Aufgabenerledigung sind deshalb weiterhin zwingend erforderlich.

Allerdings steht im Mittelpunkt der Diskussion der Zusammenarbeit von Gemeinden, Städten und Landkreisen in der Region Braunschweig nicht die Frage, welche Einsparpotentiale dabei entstehen könnten. Stattdessen geht es um die Frage, wie wir in der Region Braunschweig

- Die Qualität unserer dezentralen und bürgernahen Angebote verbessern, vor allem in den Aufgabenfeldern „Sozialpolitik“, „Kinder- und Jugendhilfe sowie Familienhilfe“, Sport- und Vereinsförderung und Kultur;
- Die Qualität der gemeinsamen Interessenvertretung gegenüber anderen Regionen, dem Land Niedersachsen und gegenüber dem Bund deutlich stärken;
- Die Nutzungskonkurrenzen abbauen, örtliche Stärken gemeinsam unterstützen und daraus ein attraktives Gesamtprofil der Region Braunschweig entwickeln.

III. Wir brauchen eine starke Region.

Der inzwischen gewachsene Regionsbegriff für die Region Braunschweig umfasst die Landkreise und kreisfreien Städte des alten Regierungsbezirks Braunschweig ohne die Landkreise Osterode, Northeim und die Stadt Göttingen.

Der SPD-Bezirksverband Braunschweig hat sich seit Jahren für die Weiterentwicklung der Region Braunschweig ausgesprochen. Gegen den massiven Widerstand der CDU/CSU war der erste Schritt die Wiedereinführung des Großraumverbands Braunschweig in den 90er Jahren. Der SPD-Bezirk Braunschweig **spricht sich daher erneut dafür aus, die Region zu stärken und dabei schrittweise voran zu gehen:**

1. durch die Weiterentwicklung des Großraumverbands Braunschweig, dessen bisherige Aufgaben in den Bereichen „öffentlicher Nahverkehr / Regionalverkehr“ und „Regionalplanung“ deutlich zu eng bemessen ist.

Insbesondere folgende Felder müssen in Zukunft Gegenstand der Arbeit des Großraumverbandes werden:

- Strategische Planung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region;
 - Förderung der wirtschaftlichen Kooperation und des Interessenausgleichs sowie Abbau von Nutzungskonkurrenzen;
 - Förderung der kulturellen und politischen Identität der Region;
 - Gemeinsame Vermarktung und Profilbildung der Region;
 - Bildungs- und Forschungsplanung.
2. durch Stärkung der Städte und Gemeinden im Rahmen einer so genannten „**Funktionalreform**“, bei der entweder durch Zusammenarbeit einzelner Gemeinden und Städte Aufgaben erledigt werden können oder sich auch einzelne Gemeinden und Städte miteinander verbinden können;
 3. durch die Bildung einer **starken** „Region Braunschweig“ mit drei regionalen Zentren: Salzgitter, Braunschweig, Wolfsburg.

Der SPD-Bezirksverband Braunschweig bekennt sich ausdrücklich zu dieser Zielsetzung.

IV. Politische Initiativen

Mit ihrer Weigerung sich konkret mit der Zukunft der Städte, Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen auseinanderzusetzen, handelt die CDU/FDP geführte Landesregierung verantwortungslos. Sie überlässt die gemeindliche Entwicklung sich selbst, schlägt Scheinförderungen wie die so genannten „Hochzeitsprämie“ vor, die zugleich die vorhandenen Mittel für alle anderen

Kommunen verringert, und vernachlässigt massiv die Interessen der ländlichen Regionen. Sie duldet, dass wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge wie z.B. in der Kinder- und Jugendhilfe oder der Förderung des Sports und des ehrenamtlichen Engagements von den Kommunen nicht mehr oder immer unzureichender geleistet werden können.

Die SPD muss deshalb die Initiative ergreifen:

Daher fordert der SPD-Bezirk Braunschweig die SPD-Landtagsfraktion auf, einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Großraumverbandes Braunschweig in den Niedersächsischen Landtag einzubringen.

- a) Im Gesetzentwurf sollen folgende Aufgaben unmittelbar auf den Zweckverband übertragen werden:
- Erweiterung der Zuständigkeit für den ÖPNV, insbesondere bei der Konzessionierung und beim Schülerverkehrs
 - Naturschutz, insbesondere Zuständigkeiten im Immissionsschutz und bei Wasserschutzgebieten
 - Veterinärwesen
 - Planungsaufgaben, insbesondere Aufgaben im Bereich der Regionalplanung und der Verkehrsplanung sowie Aufsichts- und Genehmigungsfunktionen für Flächennutzungs- und Bebauungsplänen
 - Weiterentwicklung des ländlichen Raumes und hoheitliche Aufgaben der Katasterverwaltung
 - Trägerschaft der Berufsschulen und der Förderschulen einschließlich der Schulentwicklungsplanung für diese Bereiche

Dies ist der erste konkrete Schritt zur Stärkung der Zusammenarbeit in der Region Braunschweig.

b) Die SPD-Landtagsabgeordneten der Region Braunschweig werden aufgefordert, diesen Prozess aktiv durch einen eigenen Vorschlag unverzüglich einzuleiten.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens soll darüber hinaus geprüft werden:

- Welche Maßnahmen, die für die Entwicklung des Verbandsbereichs bedeutsam sind, durch den Verband übernommen werden können.
- Welche Aufgaben aller oder einzelner Verbandsmitglieder übernommen werden können, wenn es die Verbandsziele fördert oder die Verbandsglieder diese Aufgabe nicht zweckmäßig oder wirtschaftlich erfüllen können.
- Es ist weiterhin zu prüfen, welche Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises vom Land auf den Großraumverband übertragen werden können.

c) Der SPD-Bezirk Braunschweig unterstützt die SPD-Landtagsfraktion und den SPD-Landesvorsitzenden ausdrücklich darin, im Landtag die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Kommunalreform in Niedersachsen nochmals auf die Tagesordnung zu setzen. Ziel der Enquetekommission muss es sein, Vorschläge für die Stärkung der kommunalen Ebene zu erarbeiten und einen darauf aufbauend Vorschläge für notwendige Veränderungen in der Struktur, Größe und Verfasstheit vorzulegen.

d) Im Rahmen dieser Funktionalreform und der notwendigen Veränderungen muss dann entschieden werden, ob der Großraumverband Braunschweig zu einer eigenständigen kommunalen Gebietskörperschaft wie der Region erweitert werden kann oder muss.

Beschluss /Thema: RegioStadtBahn noch in diesem Jahr beschliessen !	Nr.: R 3
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Region	

RegioStadtBahn noch in diesem Jahr beschliessen !

Der SPD-Bezirksparteitag fordert von der CDU/FDP-Landesregierung

- ein klares Bekenntnis zur RegioStadtBahn und die aktive Beantragung dieses Vorhabens beim Bund. Das nicht nur für die Region Braunschweig, sondern auch für Niedersachsen bedeutsame Projekt, muss in diesem Jahr endgültig „auf die Schiene gesetzt werden“ !
- die Kürzung bei den Regionalisierungsmitteln zurück zu nehmen, um weitere Einschränkungen im Fahrplanangebot auszuschließen und die vorgenommenen Einschränkungen rückgängig zu machen.
- mit der Einführung der RegioStadtBahn ist sowohl der Zugang als auch die Nutzung des ÖPNV barrierefrei zu gestalten.
Es darf nicht sein, dass mobilitätseingeschränkte Personen - die Spannweite reicht hier vom Kinderwagen bis zum Rollator - von der Benutzung dieses Verkehrsmittels ausgeschlossen werden.

Beschluss /Thema: Armut bekämpfen – Chancengerechtigkeit schaffen für eine starke Gesellschaft .	Nr.: A 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Arbeit und Soziales	

Armut bekämpfen – Chancengerechtigkeit schaffen für eine starke Gesellschaft

Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Erde – dennoch leben bei uns mehrere Millionen Menschen in Armut und benötigen vielfältige Hilfen vom Staat und der Gesellschaft. Vor allem Familien mit Kindern, Alleinerziehende und alte Menschen sind von Armut betroffen und benötigen Unterstützung. Aus verschiedenen Untersuchungen und Analysen ist bekannt, dass es sehr unterschiedliche Ursachen dafür gibt, dass Menschen arm werden. Als Hauptursachen und Gründe werden u.a. folgende genannt:

- Die Langzeitarbeitslosigkeit,
- Überschuldung, die Abhängigkeit von Sozialhilfe bzw. Hartz IV, geringe Renten
- Dumpinglöhne sowie z.T. Leih – und Zeitarbeit genannt.
- Gravierende Bildungs– und Erziehungsdefizite und / oder ein Migrationshintergrund

Die Folgen von Armut sind für die Betroffenen vielfältig und wirken sich negativ für zahlreiche Lebensbereiche aus. Besonders augenscheinlich sind die Auswirkungen auf:

- Die Gesundheit durch eine mangelhafte Ernährung
- Die Bildung durch materielle und soziale Nachteile
- Auf die Wohnsituation und die soziale Integration
- Gefahr von dauerhafter Altersarmut

Bei Familien, insbesondere bei Kindern, kann die Armutssituation, wenn sie sich über einen längeren Zeitraum hinzieht, lebensprägend sein und negative Entwicklungen einleiten, die sich oftmals bis in nachfolgende Generationen auswirken.

Um Armut in Deutschland nachhaltig zu bekämpfen, ist ein umfassendes Bündel von Maßnahmen erforderlich. Geld allein genügt nicht.

Aus der Fülle von Maßnahmen, die schon heute durch Kommunen, Länder und vom Bund sowie von den Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und zahlreichen anderen Hilfsorganisationen angeboten bzw. gefordert werden, seien hier nur einige genannt:

- Die Zahlungen von Kindergeld, Hartz IV – Leistungen, Sozialhilfe, Grundrente, Wohngeld
- Gebührenfreie Ausleihe von Schulbüchern, Schulsozialfonds
- Die Einrichtung von Tafeln, Suppenküchen, Kleider – und Spielzeugbörsen
- Vorschulische Bildung fördern, gebührenfreie Kindertagesstätten, Sprachkurse
- Familien– und Erziehungsberatung, begleitende soziale Dienste für Familien, Schuldnerberatung
- Chancengleichheit schaffen durch Lernmittelfreiheit, Abschaffung von Studiengebühren, Jugendwerkstätten
- Mindestlöhne, mehr Steuergerechtigkeit für Familien mit Kindern

Die SPD im Bezirk Braunschweig will dazu beitragen, dass das Thema **„Nachhaltige Bekämpfung der Armut in Deutschland“** ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt wird. Auf allen politischen Ebenen und durch die bewährten Hilfsorganisationen sollen weitere Projekte und Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut entwickelt und realisiert werden. Um die notwendigen Maßnahmen gezielt, effizient und nachhaltig wirken zu lassen, ist es notwendig ein „Soziales Netzwerk“ zwischen den einzelnen Akteuren zu knüpfen, die ihre Aktivitäten untereinander abstimmen.

Um einen Überblick über die aktuelle Situation zu gewinnen und um über unterstützende und helfende Maßnahmen zu diskutieren, führt die SPD Bezirk Braunschweig eine Sozialkonferenz zum Thema **„Nachhaltige Bekämpfung der Armut in Deutschland“** durch. Bei der Konferenz sollen folgende Fragestellungen erörtert werden:

- Wie stellt sich Armut heute in der Bundesrepublik Deutschland dar und welche Bevölkerungsgruppen sind besonders betroffen?
- Wie sind die Auswirkungen von Armut auf die Betroffenen und auf die Entwicklung unserer Gesellschaft?
- Welche Instrumente und Maßnahmen werden heute in Deutschland ergriffen, um Armut zu bekämpfen?
- Welche Maßnahmen und Projekte zur Bekämpfung von Armut sind neu und zusätzlich zu entwickeln und zu realisieren. Welche politische Ebene soll wofür zuständig und verantwortlich sein.

Die Konferenz richtet sich an alle Akteure der politischen und administrativen Ebenen, an die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Elternverbände, Schulen und an alle weiteren Hilfsorganisationen.

Die Ergebnisse der Konferenz sollen in regionalen und lokalen Sozialkonferenzen vertieft und weiter entwickelt werden.

Beschluss /Thema: Chaos in der Union droht Arbeitslosen in unserer Region zu schaden.	Nr.: A 2
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Arbeit und Soziales	

Chaos in der Union droht Arbeitslosen in unserer Region zu schaden

Das Bundesverfassungsgericht hatte eine Neuregelung für die Neuorganisation für die Jobcenter angemahnt, die bis zum 1. Januar 2011 umzusetzen ist. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hatte dafür einen gemeinsamen Vorschlag mit den Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) und Jürgen Rüttgers (CDU) erarbeitet, der auch die Zustimmung der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel fand.

Der SPD-Bezirk Braunschweig unterstützt diesen Kompromissvorschlag, der den Optionskommunen eine dauerhafte Rechtsgrundlage über 2011 hinaus gibt und auch die gemeinsame Arbeit von Kommunen und Arbeitsverwaltung in den Jobcentern rechtlich absichert.

Beschluss /Thema: Verlängerung der Bezugszeit des Kurzarbeitergeldes und Verlängerung der Bezugszeit des Arbeitslosengeldes I während der Wirtschaftskrise	Nr.: A 3
Antragsteller: AfA-Bezirksvorstand	
Block: Arbeit und Soziales	

Verlängerung der Bezugszeit des Kurzarbeitergeldes und Verlängerung der Bezugszeit des Arbeitslosengeldes I während der Wirtschaftskrise

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert parlamentarische Initiativen ergreifen, dass zumindest während der Wirtschaftskrise die Zahlung des Kurzarbeitergeldes und die Zahlung des Arbeitslosengeldes I auf jeweils 24 Monate verlängert wird.

Antrag/Thema: Gesetzesinitiative: Leiharbeiter in der Krise schützen	Nr.: A 4
Antragsteller: AfA-Bezirksvorstand	
Block: Arbeit und Soziales	

Gesetzesinitiative: Leiharbeiter in der Krise schützen

Der Parteitag 2009 des Bezirks Braunschweig fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf noch in dieser Wahlperiode eine Gesetzesinitiative zum Schutz von Leiharbeitnehmern und – nehmerinnen zu starten.

Leiharbeiternehmer dürfen nicht zu den großen Verlierern der aktuellen Weltwirtschaftskrise werden. Leiharbeit wurde in den letzten Jahren massiv zu Lohndumping und Spaltung von Belegschaften missbraucht.

Zeitarbeitsfirmen haben in den letzten Jahren mit der Leiharbeit enorm hohe Gewinne eingefahren. Jetzt müssen diese Firmen auch dieses Geld einsetzen, um ihre Beschäftigten zu halten. Die Verantwortlichen in der Zeitarbeitsbranche müssen nun auch in der Krise ihrer selbstbeschworenen beschäftigungspolitischen Verantwortung stellen.

Deshalb muss die Gesetzesinitiative folgende Punkte berücksichtigen:

- Das sogenannte Synchronisationsverbot wieder einzuführen. Die heute zulässige Koppelung von Verleih- und Beschäftigungszeit macht Leiharbeitnehmer zu den Verlierern der Krise.
- Die Regelungen der Kurzarbeit auch auf die Zeitarbeitnehmer anzuwenden.
- Den Tarifvorbehalt zu streichen und Abweichungen vom Grundsatz „equal pay“ maximal für eine Einarbeitungszeit zuzulassen.
- Die Mitbestimmung der Betriebsräte über die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse im Betrieb gesetzlich zu verankern.

Beschluss /Thema: Gesetzesinitiative: Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen ausweiten	Nr.: W 1
Antragsteller: AfA-Bezirksvorstand	
Block: Wirtschaft und Finanzen	

Gesetzesinitiative: Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen ausweiten

Der Parteitag 2009 des Bezirks Braunschweig fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf noch in dieser Wahlperiode eine Gesetzesinitiative zur Ausweitung der Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen zu starten.

Die Geschehnisse bei Volkswagen bei der Übernahme durch Porsche und die Entwicklungen in der aktuellen Weltwirtschaftskrise zeigen deutlich, dass die kapitalistische Entwicklung in einen demokratischen Entwicklungsweg geführt werden müssen. Dazu sind erste Schritte für die Erweiterung der Unternehmens- und der betriebliche Mitbestimmung notwendig.

Die Initiative zur Unternehmensmitbestimmung muss folgende Punkte enthalten:

- Die Neuregelung im Mitbestimmungsgesetz, dass die Errichtung, die Verlegung oder Schließung von Produktionsstätten der Zustimmung des Aufsichtsrates bedarf. Für diese Zustimmung muss eine Mehrheit von 2/3 der Mitglieder des Aufsichtsrates erforderlich sein.
- Der Begriff des Unternehmensinteresse im §76 des Aktiengesetzes muss präzisiert werden. Hierzu sollte folgende Formulierung verwendet werden: „Der Vorstand hat unter eigener Verantwortung die Gesellschaft zu leiten, wie das Wohl des Unternehmens, seine Arbeitnehmer und die Aktionäre, sowie das Wohl der Allgemeinheit es erfordern.“

Die Initiative zur betrieblichen Mitbestimmung ist mit folgenden Punkten zu ergänzen:

- Bei staatlicher Unterstützung sind Betriebsänderungen nur mit Zustimmung des Betriebsrates möglich.
- Bei finanziellen Opfern der Belegschaft sind eine entsprechende Beteiligung am Unternehmen und / oder eine entsprechende Rückzahlungsvereinbarung vorzusehen.

Beschluss /Thema: Finanzinvestoren stärker kontrollieren	Nr.: W 9
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Goslar	
Block: Wirtschaft und Finanzen	

Finanzinvestoren stärker kontrollieren

Die Verantwortlichen in Land und Bund werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass so genannte Private-Equity-Fonds, die sich an deutschen Unternehmen beteiligen, zukünftig stärker kontrolliert werden. So sollten die Fonds verpflichtet werden, keine „schnellen Gewinne“ aus den Unternehmen zu ziehen, um die Unternehmen nicht im Bestand zu gefährden. Ebenfalls sollte eine neue Transparenzregelung dafür sorgen, dass man die neuen Anteilseigner kennt, um Betriebe vor feindlichen Übernahmen zu schützen.

Es sollte gesetzlich festgelegt werden, dass innerhalb der ersten drei Jahre nach Übernahme der Unternehmensanteile weder große Teile des Eigenkapitals ausgeschüttet werden, noch eine zu schnelle Refinanzierung die Entwicklung des Unternehmens beeinträchtigen dürfen.

Beschluss/Thema: Überprüfung des sog. Hausbankenprinzips	Nr.: W 10
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel	
Block: Wirtschaft und Finanzen	

Überprüfung des sog. Hausbankenprinzips

Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen und die SPD-Bundestagsfraktion werden gebeten, die Abschaffung des sogenannten „Hausbankenprinzips“ bei der N-Bank bzw. bei der KfW-Mittelstandsbank zu prüfen. Es sollte künftig möglich werden, dass sowohl Existenzgründer als auch klein- und mittelständische Betriebe einen direkten Zugang zu den staatlichen Förderbanken erhalten.

Beschluss /Thema: Keine Verschärfung der Kreditmöglichkeiten für den Mittelstand	Nr.: W 11
Antragsteller: AGS	
Block: Wirtschaft und Finanzen	

Keine Verschärfung der Kreditmöglichkeiten für den Mittelstand

„Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Neufassung der Basel-II-Richtlinie (Vorschriften über Eigenkapitalanforderungen für Unternehmen) nicht zu einer weiteren Verschärfung der Kreditmöglichkeiten für den Mittelstand führt und dass die besonderen Belange des Mittelstands bei der laufenden Überarbeitung der Basel-II-Richtlinie beachtet werden.“

Beschluss /Thema: Arbeitsplätze schaffen - Atomausstieg beibehalten – Schutz vor Atommüll sichern !	Nr.: U 2
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Umwelt und Energie	

Arbeitsplätze schaffen - Atomausstieg beibehalten – Schutz vor Atommüll sichern !

I. Deutschland bekommt eine moderne, sichere und saubere Energieversorgung.

Deutschland hat den Weg in eine moderne und umweltschonende Energieversorgung eingeschlagen und schafft dabei zugleich neue Arbeitsplätze:

Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz haben Sozialdemokraten in der rot-grünen Bundesregierung und in der großen Koalition dafür gesorgt, dass der Ausstieg aus der nach wie vor gefährlichen Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung Wirklichkeit werden kann. Versorgungssicherheit in der Stromversorgung, Klimaschutz und die Schaffung von neuen und zukunftssichereren Arbeitsplätzen werden verbunden:

- Schon heute erzeugt Deutschland mehr als 15 % seiner Stromversorgung aus erneuerbaren Energien. Durch die Novelle des erneuerbaren Energiengesetzes und die deutlich erhöhte Forschungsförderung wird dieser Anteil bis 2020 weit über 30 Prozent wachsen. Schon heute haben diese stabilen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien mehr als 280.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, die bis 2020 mehr als verdoppelt werden. (Zum Vergleich: die Kernenergie stellt weniger als 30.000 Arbeitsplätze zur Verfügung.)
- Die zweite Säule der Energiepolitik Deutschlands ist die Steigerung der Energieeffizienz durch die erhöhte Förderung der Kraft-Wärme-Koppelung und die Erneuerung des Kraftwerksparks. Der europäische Emissionshandel sorgt dafür, dass damit auch bei der Modernisierung und dem Neubau von Kohlekraftwerken die Minderungsziele des Klimaschutzes nicht beeinträchtigt, sondern erreicht werden.

Nicht zuletzt die immer wieder auftretenden Störfälle in den Atomreaktoren in Biblis, Krümmel oder Brunsbüttel zeigen, dass auch deutsche Atomkraftwerke erhebliche Risiken beinhalten können. Die Beibehaltung des Ausstiegs aus der Atomenergie durch das schrittweise Abschalten der Leistungsreaktoren im Rahmen des 2002 beschlossenen Atomgesetzes muss deshalb zu den zentralen Forderungen des sozialdemokratischen Regierungsprogramms für die Bundestagswahl 2009 gehören.

II. Atomindustrie zur Verantwortung zwingen.

Über 50 Jahre nach Inbetriebnahme des ersten Forschungsreaktors in Deutschland und 20 Jahre nach der Inbetriebnahme des letzten Leistungsreaktors ist das Problem der Endlagerung der radioaktiven Abfälle nicht gelöst. In Deutschland gibt es ebenso wie weltweit kein Endlager für hochradioaktive Abfälle aus Atomkraftwerken.

Die Region Braunschweig hat in besonderer Weise die Folgen eines unverantwortlichen Umgangs mit Atommüll durch die Industrie und deren politische Lobbyisten zu tragen. Die Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Abfälle Morsleben und insbesondere die ehemalige Schachtanlage Asse II sind Belege dafür, wer die Rechnung für eine scheinbar sorglose, billige Entsorgung von Atommüll zu tragen hat: Die Steuerzahler und zukünftige Generationen.

Mit der Lichterkette am 26.02.2009 haben auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Region Braunschweig zusammen mit tausenden besorgter Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht nur ein leuchtendes Zeichen gegen diesen unverantwortlichen Umgang mit radioaktiven Abfällen gesetzt und ihre großen Sorgen über die Zukunft und das Leben in unserer Heimat gegeben.

Zugleich war diese Lichterkette aber auch ein Aufruf an die Abgeordnete, Regierungen und Wirtschaft, endlich für einen verantwortungsvollen Umgang mit der gefährlichen Hinterlassenschaft einer verfehlten Energiepolitik zu sorgen. Gerade weil wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns seit langer

Zeit für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen, müssen wir uns dieser Verantwortung stellen und dürfen die Augen vor den Schwierigkeiten im Umgang mit dem Atommüll nicht ebenso schließen, wie es die Atomlobby seit Jahrzehnten und auch heute noch tut.

Wir setzen uns deshalb dafür ein:

1. Mengenmäßige Begrenzung des radioaktiven Abfälle durch Laufzeitbeschränkung der AKW

Die mengenmäßige Begrenzung des atomaren Müllproblems ist eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz einer Endlagerung. Die Region, die die Verantwortung für ein nationales Problem übernimmt, hat nicht nur ein Anrecht darauf, dass eine geologisch absolut sichere Lösung gefunden wird, sondern auch, dass der Umfang des zu lagernden Abfalls bekannt ist. Auch aus diesem Grund ist allen Versuchen, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern, eine klare Absage zu erteilen. Mit dem zwischen Energieversorgungsunternehmen und der damaligen Bundesregierung geschlossenen Konsens wurde eine verlässliche Planungsbasis geschaffen, zu deren dauerhaften Umsetzung sich beide Vertragspartner verpflichtet haben.

Wer den Atomausstieg in Frage stellt, verschärft die Situation der Endlagerung der radioaktiven Abfälle und entzieht jeder möglichen Bereitschaft zur Endlagerung radioaktiver Abfälle die Grundlage.

2. Morsleben und Asse müssen nach den besten möglichen Varianten geschlossen werden

Das ehemalige Atomendlager der DDR Morsleben wurde noch von der DDR geplant und dann nach der deutschen Einheit von den westdeutschen Energieversorgungsunternehmen mit massiver Unterstützung der CDU/FDP geführten Bundesregierung genutzt. Dies geschah gegen alle wissenschaftlichen und rechtlichen Bedenken ausschließlich mit dem Ziel einer billigen Entsorgung ihrer Abfälle aus westdeutschen Atomkraftwerken. Nach der Wende wurden in das ehemalige Salzbergwerk in unmittelbarer Nachbarschaft zu Helmstedt mehr atomare Abfälle eingelagert als vorher zu DDR-Zeiten. Und da nach bundesdeutschem Recht in das Endlager Morsleben niemals Atommüll gebracht hätte werden dürfen, nutzte die damalige CDU-Umweltministerin Angela Merkel die alte DDR-Genehmigung bis 1998 zur Entsorgung. Erst der Regierungswechsel zur SPD geführten Bundesregierung stoppte die Versuche, Morsleben sogar bis 2005 weiter zu nutzen.

Ebenso wie für die seit den 60er Jahren genutzte ehemalige Schachanlage Asse II gibt es für Morsleben bisher keine Genehmigung des Langzeitsicherheitsnachweises, wie er vor der ersten Einlagerung nach deutschem Atomrecht seit Ende der 70er Jahre vorgeschrieben ist. Seit Jahren werden Hunderttausende Kubikmeter Salzbeton in die Hohlräume des Endlagers Morsleben gepumpt, um die Grube zu stabilisieren und damit ein verantwortungsvolles Stilllegungsverfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit durchführen zu können.

In dramatisch größerem Ausmaß können diese Probleme im ehemaligen Kali- und Salzbergwerk Asse beobachtet werden. Seit 20 Jahren strömen größere Mengen Wasser (ca 12.000 l/Tag) in die Grube. Schon zu Beginn 1968 wurde in feuchte Kammern eingelagert, obwohl Feuchtigkeit bei einem Endlager in Salz absolut zu vermeiden ist. Niemals hätten in der Asse radioaktive Abfälle eingelagert werden dürfen

Ziel muss es jetzt sein, das einsturzgefährdete Bergwerk so zu stabilisieren, dass ausreichend Zeit bleibt, um alle Optionen für eine Stilllegung – darunter auch die vollständige oder teilweise Rückholung der Abfälle – seriös und ergebnisoffen zu prüfen.

Noch vor der Bewertung der Optionen müssen die Bewertungskriterien festgelegt sein.

Weder dürfen mangelnde Finanzen noch politisch motivierter Zeitdruck den sichersten Weg zum Umgang mit den radioaktiven Abfällen in der Asse behindern ! Dies gilt auch für die Versuche von Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen jetzt öffentlich schnelle Entscheidungen zum Umgang mit den Atomabfällen vor der Bundestagswahl fordern, allerdings zuvor jahrelang weder Initiativen zur Abwehr der Gefahren in der Asse noch zur Finanzierung durch die Atomindustrie unternommen haben, obwohl sie in der Regierungsverantwortung ausreichend Gelegenheit dazu gehabt hätten.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit den Problemen der Asse II bedeutet: Zuverlässigkeit und Sicherheit vor Schnelligkeit!

Die SPD im Bezirk Braunschweig unterstützt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel ausdrücklich in seinem Vorgehen. Mit dem Wechsel vom Berg- ins Atomrecht und damit der Übertragung der Verantwortung vom Bundesforschungs- ins Umweltministerium haben wir den wichtigen Schritt für einen seriösen Umgang mit den Problemen von Asse II gemacht.

3. Das Schließungsverfahren Asse muss transparent und offen sein.

Der frühere Betreiber der Asse hat über Jahrzehnte hinweg die Bevölkerung nicht über die massiven Probleme informiert. Dieses hat zu einer erheblichen Verunsicherung und zu einem erheblichen Vertrauensverlust in die Arbeit der verantwortlichen Institutionen geführt. Nur über vollständige Transparenz der Probleme und deren geplanten Lösungswege für die Bevölkerung über die Medien sowie über die Einbeziehung der Begleitgruppe in alle wichtigen Schritte des Schließungsverfahrens, lässt sich das notwendige Vertrauen wieder aufbauen.

4. Schacht Konrad darf nicht zum Entsorgungsnachweis für die Atomwirtschaft und zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten dienen.

Neben der Gefährdung von Mensch und Umwelt durch eine verantwortungslose Billigentsorgung atomarer Abfälle im ehemaligen Salzschat Asse II sieht sich die Region Braunschweig auch mit der Einrichtung eines Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in der Erzanlage „Schacht Konrad“ konfrontiert.

Auch wenn das geplante Endlager Schacht Konrad nicht mit der Asse II vergleichbar ist und – anders als die Einlagerung atomaren Mülls in der Asse – ein geordnetes Planfeststellungsverfahren nach Atomrecht durchlaufen hat, in dem ein Langzeitsicherheitsnachweis erbracht werden musste, gibt es in der Bevölkerung unserer Region nach wie vor erhebliche Befürchtungen. Wir Sozialdemokraten verstehen vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Menschen mit dem unverantwortlichen Umgang der Atomwirtschaft und der staatlichen Duldung dieses Umgangs diese Befürchtungen und nehmen die Bedenken und Ängste ernst.

Der SPD-Bezirk Braunschweig hat sich viele Jahre lang gegen die Einrichtung eines Endlagers im Schacht Konrad engagiert. Die Gründe für diesen Widerstand der Sozialdemokratie gegen das neue Endlager waren einerseits Zweifel über die Eignung und das Auswahlverfahren. Darüber hinaus galt Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis für die unbegrenzte Fortsetzung der Stromproduktion aus Atomkraftwerken. Gerade die aktuellen Versuche von CDU/CSU und FDP die Laufzeit der deutschen Atomkraftwerke entgegen dem gesetzlich verankerten Ausstieg aus der Atomenergie deutlich zu verlängern, wird zu einem Anwachsen des Widerstands gegen Schacht Konrad führen, denn damit würde die bereits vorgenommene Halbierung des geplanten Volumens von atomaren Abfällen wieder rückgängig gemacht. Die Konsequenz der Politik von CDU/CSU und FDP wäre die Verdoppelung des Abfallvolumens für Schacht Konrad. Auch aus diesem Grund muss am Atomausstieg festgehalten werden.

Die SPD im Bezirk Braunschweig hat aber auch zur Kenntnis zu nehmen, dass bislang alle gerichtlichen Überprüfungen zur Rechtmäßigkeit des geplanten Endlagers Schacht Konrad die bereits erfolgte Genehmigung nicht infrage gestellt, sondern bestätigt haben.

Obwohl bereits nach der Entscheidung des zuständigen Oberverwaltungsgerichts die Umsetzung der Arbeiten für die Einrichtung des Schachtes Konrad als atomares Endlager hätte erfolgen können, hat das Bundesumweltministerium diesen Vollzug des Planfeststellungsbeschlusses ausgesetzt. Die SPD begrüßt die damit gezeigte Bereitschaft des Bundesumweltministeriums, der Stadt Salzgitter und den Betroffenen jede Gelegenheit zur gerichtlichen Überprüfung zu ermöglichen, ohne zuvor bereits Tatsachen zu schaffen. Diese Überprüfung durch das Bundesverwaltungsgericht hat inzwischen stattgefunden und die bisherigen Gerichtsurteile wurden bestätigt. Selbstverständlich akzeptiert die SPD das Ergebnis rechtsstaatlicher Verfahren. Sie erwartet jedoch, dass möglichst zeitnah auch das

Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsbeschwerde des betroffenen Landwirts Walter Traube entscheidet, um auch die letzte offene Rechtsfrage abschließend zu klären.

5. Das Verursacherprinzip muss auch für Atommüll gelten: Die Kosten für Asse und Morsleben muss die Atomindustrie tragen!

Verursacherverantwortung ist ein Prinzip, das in der Umweltpolitik zu Recht eine hohe Bedeutung hat. Das gilt für die Abfallpolitik und muss erst recht für radioaktive Abfälle gelten. Zumindest für die Endlager Konrad und Morsleben und auch für die ergebnisoffene Endlagersuche für hochradioaktive Stoffe muss dieses Verursacherprinzip endlich Anwendung finden.

Leider gibt es immer noch viele Bereiche der Atomenergienutzung, in denen der Nutzen allein den Energieunternehmen zu Gute kommt, viele der anfallenden Kosten oder Verluste jedoch von der Allgemeinheit – Steuerzahlern oder Stromverbrauchern – bezahlt werden müssen. Gerade bei der Entsorgung des Atommülls wird gerne von den Energiekonzernen behauptet, die Kosten dafür seien in den Strompreisen bereits enthalten. Die Tatsachen sprechen allerdings eine andere Sprache: Die Stilllegung des Endlagers Morsleben kostet voraussichtlich über 2 Milliarden €! Die Stromversorger haben dazu nur mit Gebühren in Höhe von 80 Millionen € beigetragen!

Auch die Sanierung der Asse wird nach dem zu beobachtenden Debakel nur mit einem Milliardenaufwand zu bewältigen sein. Und auch hier haben sich die Energiekonzerne unter dem Deckmantel der „Forschung“ mit einstelligen Millionenbeträgen freigekauft, obwohl alle damals betriebenen Atomkraftwerke ihre Abfälle unter fragwürdigen Umständen in der Asse „entsorgt“ haben.

Zu lange schon bürden die Stromversorger ihre Lasten – darunter auch zahlreiche atomare Investitionsruinen wie der Schnelle Brüter Kalkar oder der Thoriums-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop – der Allgemeinheit auf. Die atomaren Altlasten wie Asse und Morsleben müssen verantwortungsvoll behandelt werden. Dazu bedarf es einen angemessenen und zusätzlichen Kostenbeitrags der Industrie in Form einer Kernbrennstoffsteuer. Dies auch, um die ungerechte Bevorteilung des Atomstroms gegenüber anderen Energieträgern auszugleichen.

Diese Kernbrennstoffsteuer würde zudem eine echte Gewinnabschöpfung bedeuten, weil sie nicht einfach auf den aktuellen Strompreis aufgeschlagen werden könnte. Diese Strompreise entstehen an der Börse nach dem letzten Kraftwerk, das gebraucht wird, um die aktuelle Stromnachfrage zu bedienen. Und dies ist niemals ein Atomkraftwerk. Durch eine Kernbrennstoffsteuer wird also lediglich der Unterschied („Gewinn“) zwischen den aktuellen Strompreisen (durch ein „Grenzkraftwerk“) und den tatsächlichen Kosten der Atomstromproduktion verringert.

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise muss zudem auch die Frage nach der Sicherheit der Rückstellungen der Energieunternehmen für die künftige Entsorgung neu gestellt werden. Nach der Pleite des US-Versorgers Enron und den jüngsten Zusammenbrüchen auch großer Unternehmen spricht alles dafür, die milliardenschweren zweckgebundenen Rückstellungen dem Zugriff der Unternehmen durch die Einbringung in einen staatlich kontrollierten Entsorgungsfonds zu entziehen.

III. Zusammenfassung.

Die SPD im Bezirk Braunschweig fordert deshalb:

- (1) Der Ausstieg aus der Atomenergie muss gesichert bleiben. Die Vertragspartner werden aufgefordert, sich an ihre Vereinbarungen zu halten.
- (2) Keine Vergrößerung der Abfallmenge aus Atomkraftwerken durch Laufzeitverlängerungen.
- (3) Zur Finanzierung der Altlastensanierung aus der Endlagerung radioaktive Abfälle und zur Finanzierung der ergebnisoffenen Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle muss die Atomwirtschaft zusätzliche Mittel bereitstellen. Das Verursacherprinzip ist anzuwenden, dafür ist die gesetzliche Einführung einer Kernbrennstoffsteuer ein richtiger Weg.
- (4) Die Rückstellungen der deutschen Atomwirtschaft müssen in einen staatlich kontrollierten Fonds eingebracht werden, um sie auch gegenüber wirtschaftlichen Krisen der Unternehmen abzusichern.

- (5) Alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Standsicherheit der Schachtanlage Asse II sollen so bald wie möglich umgesetzt werden (z.B. Firstspaltverfüllung, Injektionsverdichtung, Abdichten des Laugenzuflusses).
- (6) Die Bewertungskriterien für die Entscheidung zum weiteren Verfahren in der Asse II sind vor der Entscheidung über eine der Option im Sanierungsverfahren öffentlich vorzustellen, zu diskutieren und festzulegen.
- (7) Die Bewertung der vorzuschlagenden Sanierungsmöglichkeiten (Optionen) in Asse II erfolgt nach den zuvor festgelegten Bewertungskriterien. Politisch motivierte Vorfestlegungen für die Sanierung von Asse II sind abzulehnen.
- (8) Sowohl für die Stilllegung von Morsleben als auch für Sanierung der Asse II sind keine finanziellen Vorgaben zu machen. Unabhängig von den entstehenden Kosten darf es ausschließlich um die Sicherheit der Bevölkerung und künftiger Generationen und die dafür beste Lösung gehen.
- (9) Die Stilllegungs- und Sanierungsverfahren für Morsleben und die Asse II sowie alle weiteren Verfahren zur Endlagerung müssen transparent und offen sein für die Beteiligung der Bevölkerung. Sie haben dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik zu entsprechen. Bevölkerung und Bürgerinitiativen sowie Wissenschaftler, die unabhängig sind von staatlichen Institutionen oder wirtschaftlichen Interessen der Atomindustrie müssen Zugang zu allen Unterlagen erhalten und offensiv beteiligt werden.
- (10) Die Nutzung von Endlagern für radioaktive Abfälle soll ausschließlich auf nationale Abfälle beschränkt bleiben, sowie auch nur die Abfälle umfassen, die aus der Nutzung der Atomkraft im Rahmen des 2002 vereinbarten Atomausstieges anfallen.

Beschluss/Thema: Rückholbare Lagerung von Atommüll	Nr.: U 6
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel und Ortsverein Remlingen	
Block: Umwelt und Energie	

Rückholbare Lagerung von Atommüll

Es soll überprüft werden, ob Atommüll beobachtbar und rückholbar gelagert werden kann, um auch folgenden Generationen noch die Möglichkeit des Eingreifens und Umgehens mit diesen Stoffen zu ermöglichen.

Beschluss /Thema: Tatsächlichen Energiekosten	Nr.: U 7
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel und Ortsverein Remlingen	
Block: Umwelt und Energie	

Aufzeigen der tatsächlichen Energiekosten für den Steuerzahler

Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass der Bund eine neutrale Stelle beauftragt, die eine übersichtliche Darstellung der tatsächlichen Energiekosten incl. sämtlicher Subventionen und sonstigen Leistungen je Energieart aufzeigt.

Beschluss /Thema: Kernbrennstoffe besteuern	Nr.: Initiativ-antrag I 3 (U 9)
Antragsteller: JUSOS	
Block: Umwelt und Energie	

Füge folgenden Punkt auf Seite 14 des Entwurfs des Regierungsprogramms der SPD ein:

„Zu lange schon bürden die Stromversorger ihre Lasten – darunter auch zahlreiche atomare Investitionsruinen wie der Schnelle Brüter Kalkar oder der Thorium-Hochtemperaturreaktor – Hamm-Uentrop der Allgemeinheit auf. Die atomaren Altlasten wie Asse und Morsleben müssen verantwortungsvoll behandelt werden. Dazu bedarf es eines angemessenen Kostenbeitrags der Industrie in Form einer Kernbrennstoffsteuer, um die ungerechte Bevorteilung des Atomstroms gegenüber anderen Energieträgern auszugleichen.“

Beschluss/Thema: Stärkung der Alltagskompetenzen	Nr.: F 1
Antragsteller: ASF-Bezirksvorstand	
Block: Familienpolitik	

Stärkung der Alltagskompetenzen

Der Bezirksparteitag möge folgende Forderungen beschließen:

- Zur Verbesserung der Alltagskompetenzen, wie Haushalts- und Familienkompetenzen, von benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft müssen Konzepte entwickelt und Netzwerke geschaffen werden, die Familien und Einzelpersonen in die Lage versetzen, mit ihren Alltagsproblemen fertig zu werden.
- Unterstützungsmöglichkeiten im Sinne einer aufsuchenden Sozialarbeit müssen angeboten werden, um die Lösung von Problemen des täglichen Lebens möglichst eigenverantwortlich und selbständig zu bewältigen.
- Dieses gilt sowohl für den öffentlichen als auch und gerade für den schulischen Bereich.

Beschluss/Thema: Vorschriften zur Gewaltverherrlichung enger fassen	Nr.: F 2
Antragsteller: OV Remlingen	
Block: Familienpolitik	

Vorschriften zur Gewaltverherrlichung enger fassen

In unseren Fernsehprogrammen und in den Angeboten für Computer überwiegen die Filme und Spiele mit dem Hintergrund der Gewaltverherrlichung. Die bisherigen Kontrollgremien sowie Alterbegrenzungen sind nicht ausreichend. Der Gesetzgeber muss weitere klare Grenzen setzen. Das derzeitige Angebot im Nachmittags- und in den Abendprogramm ist teilweise durchaus dazu geeignet zur Verrohung der Gesellschaft beizutragen.

Hilfreich wäre auch, wenn ein höherer Anteil von wissenschaftlichen und kulturellen Beiträgen gesendet wird. Computerspiele müssen bewertet werden, mit Hinweisen z.B. Sucht gefährdend, Gewaltverherrlichung, oder über ein Ampelsystem z.B. Grün = empfehlenswert, gelb = bedenklich und rot = schädlich

Beschluss/Thema: Familienhebammen	Nr.: F 4
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Gifhorn	
Block: Familienpolitik	

In Niedersachsen sollen **Familienhebammen** vom Land flächendeckend finanziert werden.

Beschluss/Thema: Schulpolitische Geisterfahrt stoppen – Unterrichtsversorgung und Schulqualität sichern	Nr.: B 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Bildungspolitik	

Schulpolitische Geisterfahrt stoppen – Unterrichtsversorgung und Schulqualität sichern

Der Bezirk Braunschweig fordert die Landesregierung auf, ihr Konzept zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung unverzüglich zurückzuziehen. In einem zweiten Schritt muss die Landesregierung auf der Grundlage einer realistischen und transparenten Analyse der Unterrichtsversorgung gemeinsam mit den Lehrer-, Eltern-, und Schülervertretern sowie den Schulträgern ein kurzfristig umsetzbares Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und der Schulqualität entwickeln.

Beschluss/Thema: Bildung für alle	Nr.: B 2
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Bildungspolitik	

Bildung für alle

Der SPD-Bezirksparteitag fordert:

- die Abschaffung der Fünfzügigkeit zugunsten der Vierzügigkeit bei der Neueinrichtung von Gesamtschulen als Regelschule. Die Mindestgröße darf unterschritten werden, wenn unzumutbare Schulwege entstehen, sie die einzige Schule im Sekundarbereich I ist oder vorhandene Gebäude sinnvoll genutzt werden können.
- den Erhalt des Abiturs nach 9 Jahren für die Gesamtschulen
- die mittelfristige Umwandlung von allen Schulen in echte Ganztagschulen.
- Zusätzliche Investitionsförderung der Schulträger für den Bau von Ganztageeinrichtungen

Beschluss/Thema: Kahlschlag bei Schulpsychologen rückgängig machen !	Nr.: B 10
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Bildungspolitik	

Kahlschlag bei Schulpsychologen rückgängig machen!

Der Bezirk Braunschweig fordert die Landesregierung auf, den massiven Abbau bei den Stellen für Schulpsychologen unverzüglich rückgängig zu machen und ein Konzept vorzulegen, wie die Versorgung mit Schulpsychologen in Niedersachsen kurzfristig an den in anderen Bundesländern üblichen Standard herangeführt werden kann

Die psychischen Belastungen für Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Das ist in allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen begründet, liegt zu einem erheblichen Teil aber auch an den Folgen der Schulpolitik der Landesregierung: Die massive Verdichtung der Lernanforderungen im Zuge der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur, die mangelnde Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen weiterführenden Schulformen und das Fehlen von Perspektiven für Schülerinnen und Schüler vor allem an den Hauptschulen – all dies erhöht den psychischen Stress der Schülerinnen und Schüler.

Der Amoklauf von Winnenden und Wendlingen hat einmal mehr deutlich gemacht, wie wichtig eine umfassende schulpsychologische Betreuung ist. Auch wenn sich solche Tragödien wohl nie mit hundertprozentiger Sicherheit werden vermeiden lassen – Schüler, Eltern und Lehrer verlangen von der Politik zu Recht, dass sie alles tut, um die psychologische Betreuung an den Schulen zu verbessern.

In Niedersachsen geschieht aber gegenwärtig das Gegenteil: Die Landesregierung reduziert die im Bundesvergleich ohnehin schon miserable schulpsychologische Betreuung weiter. Die Zahl der Psychologen soll von früher 89 auf 40 sinken. In manchen Regionen Niedersachsens gibt es schon heute überhaupt keine Schulpsychologen mehr. Bei Umsetzung der Pläne der Landesregierung käme in Niedersachsen ein Schulpsychologe auf fast 26.000 Schüler. Niedersachsen ist damit Schlusslicht unter allen Bundesländern. Im Bundesdurchschnitt kommt ein Psychologe auf 12.410 Schüler.

Länder wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben den Handlungsbedarf erkannt: Sie haben – lange vor der Tragödie von Winnenden – je 50 neue Stellen für Schulpsychologen geschaffen.

Angesichts der enormen Belastungen der Lehrkräfte ist es schlicht zynisch, wenn die niedersächsische Landesregierung die Verantwortung für die psychologische Betreuung auf die ohnehin kaum vorhandenen Sozialpädagogen oder die Beratungslehrer abwälzen will. Das Konzept der eigenverantwortlichen Schule darf nicht als Alibi für Kürzungen in einem solch sensiblen Bereich missbraucht werden – zumal die wachsende Zahl der Verhaltensauffälligkeiten bei Schülern aller Schulformen immer häufiger professionelle Hilfe erforderlich macht, die nur versierte Psychologen zu leisten vermögen.

Beschluss/Thema: Lernmittelfreiheit	Nr.: B 11
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Gifhorn	
Block: Bildungspolitik	

Die Lernmittelfreiheit soll wieder eingeführt werden.

Beschluss/Thema: Verstärkung der individuellen Förderung	Nr.: B 12
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel	
Block: Bildungspolitik	

Verstärkung der individuellen Förderung

Um alle Begabungsreserven der Kinder voll zu entfalten, ist die Verstärkung der individuellen Förderung im Schulsystem von der ersten Klasse an notwendig. Dies ist eine unstrittige pädagogische Forderung, die aber leider zur Zeit noch nicht im notwendigen Maß an den Schulen umgesetzt wird.

Der Unterbezirksparteitag fordert deshalb die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für Maßnahmen zu einer besseren individuellen Förderung jedes einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin einzusetzen.

Beschluss /Thema: Die Studiengebühren in Niedersachsen sollen abgeschafft werden.	Nr.: B 17
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Gifhorn	
Block: Bildungspolitik	

Die Studiengebühren in Niedersachsen sollen abgeschafft werden.

Beschluss/Thema: Studienkredite	Nr.: B 18
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Gifhorn, OV Meinersen	
Block: Bildungspolitik	

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands möge zur Wahl des XVI. Deutschen Bundestages am 27. September 2009 die folgende Passage in ihr Wahlprogramm aufnehmen:
 „Wir werden den Studienkredit der KfW-Förderbank zugunsten der Studierenden ver-ändern. Die an den Kapitalmarkt gekoppelte, variable Verzinsung wollen wir durch einen garantierten Höchstzinssatz von 3,0 Prozent für die gesamte Laufzeit ersetzen.“

Beschluss /Thema: Minister-Reisen dürfen nicht käuflich sein !	Nr.: L 1
Antragsteller: Bezirksvorstand	
Block: Landespolitik	

Minister-Reisen dürfen nicht käuflich sein !

Der Bezirk Braunschweig fordert die Landesregierung auf, ihre Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, dass Reisen von Mitgliedern der Landesregierung in ihrer Eigenschaft als Minister nicht von Dritten bezahlt werden dürfen.

Die Debatte über die China-Reise von Finanzminister Möllring zeigt: Der Landesregierung fehlen die Maßstäbe, Verquickungen von dienstlichen und privaten Interessen auszuschließen. Deshalb ist eine Klarstellung in der Geschäftsordnung der Landesregierung erforderlich.

Wenn sich Finanzminister Möllring von einem Unternehmer und Parteifreund eine Reise nach China bezahlen lässt, überschreitet er damit die Grenzen des politischen Anstands. Schließlich ist offensichtlich, dass seine Reise nicht auf einer Abwägung von Landesinteressen beruht – sonst hätte der zuständige Wirtschaftsminister das Land in China repräsentieren müssen – sondern auf persönlichen und politischen Beziehungen zu dem betroffenen Unternehmer.

Minister Möllring erweckt zudem den Eindruck, das Engagement von Kabinettsmitgliedern für niedersächsische Unternehmen sei abhängig von deren Fähigkeit und Bereitschaft, Auslandsreisen für Minister zu bezahlen. Damit schadet er nicht nur dem Ansehen der niedersächsischen Landesregierung, sondern brüskiert auch all die Unternehmen, die solche Gefälligkeiten aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen.

Beschluss/Thema: Für eine sachgerechte Deckung der Kosten des Täter-Opfer-Ausgleichs	Nr.: L 2
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Goslar	
Block: Landespolitik	

Für eine sachgerechte Deckung der Kosten des Täter-Opfer-Ausgleichs

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass zukünftig für alle Projektträger des Täter-Opfer-Ausgleichs eine Deckung der tatsächlich anfallenden Kosten sichergestellt ist, da es sich um eine Aufgabe handelt, die aus dem geltenden Strafrecht heraus entsteht.

Beschluss /Thema: Mindestlohn bei Beauftragung	Nr.: O 1
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel	
Block: Organisationspolitik	

Mindestlohn bei Beauftragung

Werden Unternehmen zur Leistungserbringung von SPD-Gliederungen beauftragt, so sollen diese nur ausgewählt werden, wenn sie tarifgebunden sind und nachweislich einen Mindestlohn an die Beschäftigten von wenigstens 7,50 EURO zahlen.

SPD-Bezirksparteitag am 9. 5. 2009 in Wolfenbüttel - Ergebnisse der Wahlen zum Bezirksvorstand

Funktion	Name	Wahlgang abgeschlossen um (Uhrzeit)	gültige Stimmen	Nein-Stimmen	Enthal-tungen	Ja-Stimmen	Prozent
Vorsitz							
	Gabriel, Sigmar	12.50	146	6	3	137	93,8
stellv. Vorsitz.		12.55	131		4		
	Schlaugat, Eva					127	96,9
	Tanke, Detlef					127	96,9
Schatzmeister		13.00					
	Wehrmeyer, Matthias		139		3	136	97,8
Beisitzer			144				
	Barchmann, H.-Joachim					131	
	Bosse, Marcus					132	
	Emmerich-Kopatsch, Petra					117	
	Florysiak, Kai					122	
	Grimm, Gunter					115	
	Ihbe, Annegret					127	
	Klein, Stefan					121	
	Reimann, Carola					136	
	Schubert, Erich					109	
	Seidenthal, Bodo					117	
	Wachendorf, Karen					122	

fett geschrieben = erstmalig kandidiert